

Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen /EB Dr. R. Dettmann in der
Kreistagssitzung am 17.12.2025

Betreff: Realisierung und langfristige Sicherung eines Beratungsangebots für Opfer häuslicher
Gewalt im Landkreis Rostock

1. Warum wird die Finanzierung der Beratungsstelle aus dem Budget der Gleichstellungsbeauftragten gedeckt und nicht in den eigentlichen Haushalt des Landkreises mit eingestellt?
2. Welche Realisierungsmöglichkeiten eines einrichtungs- bzw. trägergeführten Beratungsangebots für Betroffene häuslicher Gewalt im Landkreis Rostock auch mit Blick auf Planung und einzelne zeitnahe Umsetzungsschritte sieht die Verwaltung?
3. Die Verwaltung spricht davon, dass eine Übergangslösung für den Betrieb der Beratungsstelle gefunden werden muss, da es in absehbarer Zukunft gesetzliche Änderungen geben soll. Welchen Zeitraum soll diese Übergangslösung voraussichtlich überbrücken?
4. Wurde bereits ein Träger bzw. ein geeigneter externer Anbieter identifiziert, der fachliche Kompetenz, Ressourcen und Vernetzung besitzt, um die Beratungsleistungen bedarfsgerecht, barrierearm und zeitnah bereitzustellen?
5. Falls eine unmittelbare Trägerschaft durch einen externen Anbieter aus Machbarkeitsgründen nicht möglich ist, hat die Verwaltung die vorübergehende Übernahme der Trägerschaft und Umsetzung durch die Verwaltung geprüft, bis ein geeigneter Träger gefunden ist?
6. Sollten die bislang zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen, welche zusätzlichen Mittel werden benötigt (einschließlich kurzfristiger Zusatzmittel, Mittelumwidmungen oder zusätzlicher Förderanträge) sowie welche Finanzierungsalternativen müssen geprüft werden?
7. Mit welchen organisatorischen und finanziellen Auswirkungen durch die geplanten gesetzlichen Änderungen (Gewalthilfegesetz) rechnet die Kreisverwaltung zum aktuellen Zeitpunkt?